Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Fr. Beauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604.

Nr. 437. Halle, Sonnabend, den 18. September 1920. Einzelpreis 20 Pfg.

Oberschlesiendebatte im Landtage.

Neuer Terror in Rußland — Internationaler Freihandelskongreß in London — Vierzehn Tage Finanzkonferenz — Neue Hoffnung auf amerikanisches Mehl.

Die Aufgaben des Deutschen Braunkohlenbergbaues nach dem Abkommen von Spa.

In dem „Nieuwen Rotterdamschen Courant" vom 31. Aug. d. J. findet sich ein Aufsatz über die Kohlenversorgung Deutschlands und die Wirkungen des Spa-Abkommens, worin behauptet wird, Deutschland könne bei weit stärkerer Verwendung von Braunkohle über einen erheblichen Teil seiner Schwierigkeiten hinwegkommen. Diese Auffassung verrät einen Optimismus, der leider nicht berechtigt ist. Wenn die Braunkohlenindustrie auch mit äußerster Kraftanstrengung die Förderung zu heben bemüht sein wird, und es keinem Zweifel unterliegt, daß sich hierdurch der unvermeidliche Niedergang unseres Wirtschaftslebens weniger katastrophal gestaltet, so ist — um Enttäuschungen zu vermeiden — doch vor der unberechtigten Auffassung zu warnen, es könne durch Einsatz der Braunkohle der Aderlaß von monatlich 2 000 000 Tonnen Steinkohle ausgeglichen werden. Nachfolgend seien die dem Braunkohlenbergbau offenstehenden Wege für eine erhöhte Brennstofferzeugung kurz dargelegt.

Die Steigerung der Förderung ist als das wirksamste Mittel der Abwendung der drohenden Kohlennot anzusehen. Neben dem Verfahren von Ueberschichten und achtstündiger voller Arbeitszeit wird auf eine Vermehrung der Belegschaft durch Förderung des Wohnungsbaues und eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Einzelnen durch gute Ernährung, Erhöhung der Leistungsfähigkeit der maschinellen Förder- und Produktionsanlagen hin zu arbeiten sein. Leider steht allerdings der Anzahl dieser Mittel mindestens die gleiche Anzahl von Schwierigkeiten entgegen. Hat sich doch die mit ungeheuren Opfern bewirkte Herstellung von Unterkunftsmöglichkeiten für die Bergarbeiter im bisherigen Umfange als unzureichend erwiesen und kann doch das Ernährungsproblem für die Bergarbeiter auch heute noch nicht als gelöst betrachtet werden. Mit der Ernährung hängt aber die Frage der vollen achtstündigen Arbeitszeit, der Ueberschichten und der Erhöhung der Leistungsfähigkeit für Mann und Schicht eng zusammen. Auf besondere Schwierigkeiten stößt die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der maschinellen Förderung und der Produktionsanlagen (Bagger, Brikettfabriken, Separationen), weil auch die wenigen auf die Braunkohlenindustrie eingestellten Maschinenfabriken den an sie gestellten Anforderungen nur schleppend nachkommen können. Dies gilt in erhöhtem Maße für den Aufschluß neuer Gruben und den Neubau von Brikettfabriken.

Der Braunkohlenbergbau läßt nichts unversucht, um ungeachtet aller dieser Schwierigkeiten seine Leistungen zu steigern. Die Vermehrung der Förderung würde indessen Sinn und Zweck verlieren, wenn die Lösung der Transportfrage mit ihr nicht gleichen Schritt halten würde. Die verbrauchende Industrie muß auf eine einigermaßen regelmäßige Belieferung zu jeder Jahreszeit und deshalb auf eine ausreichende Wagengestellung rechnen können. Eine nennenswerte Umstellung der Verbraucher von Steinkohle auf Rohbraunkohle wird aber wesentlich erhöhte Anforderungen an die Eisenbahn stellen, da für einen Wagen Steinkohle etwa drei Wagen Braunkohle befördert werden müssen, wenn dem Verbraucher der gleiche Heizwert verbleiben soll. Die Möglichkeit vermehrter Heranziehung der Schiffahrt für den Transport von Braunkohle und Briketts dürfte in beschleunigtem Maße zu ermöglichen sein, vor übertriebenen Hoffnungen ist indes zu warnen.

Um eine erweiterte Verwendung der Rohkohlen sicher zu stellen, ist es erforderlich, daß die Eisenbahnverwaltung der Rohkohle bei Entfernungen über 50 Km. eine Abstaffelung der Fracht einräumt, die dem Minderheizwert dieses Brennstoffes gegenüber der Steinkohle entspricht und daß die Zusage der Regierung, daß Rohkohle zunächst auf drei Jahre bis zu einer Fördereinfernung von 150 Km. zugelassen werden soll, ganz erheblich — mindestens auf 10 Jahre — ausgedehnt wird. Nur so kann die Industrie allgemein zur Ueberführung ihres Brennstoffbedarfes auf Braunkohle einen starken Anreiz finden.

Die scharfe Rationierung der Steinkohle an jeder Stelle wird zunächst die Umstellung großer Verbraucherkreise von Steinkohle auf Braunkohle nach sich ziehen. Hiervon wird nicht nur die Industrie, sondern auch der Hausbrand in bisher ungeahnter Weise betroffen werden. Es wird auch notwendig werden, die Frage der Notwendigkeit der Umstellung der Verbraucher hochwertiger Braunkohle und Braunkohlenerzeugnisse auf Förderbraunkohle näher zu treten. Bei den erheblich verlängerten Transportwegen für Braunkohle wird man überdies die Förderkohle in der Nähe der Erzeuger abzusetzen, die Qualitätskohle und die Briketts dagegen den Verbrauchern in weiterer Entfernung von den Erzeugungsstätten zuzuführen haben, um Transporte zu sparen und einen Ausgleich der Kosten unter den Verbrauchern herbeizuführen.

Von besonderer Bedeutung ist die Notwendigkeit der Verbesserung der Wärmewirtschaft, die durch sachgemäße Kontrolle aller Dampf- und Heizanlagen, durch Modernisierung veralteter Kohlenverbrauchsanlagen, Vergasung der Kohle unter Gewinnung der Nebenprodukte und Umsetzung der Kohlen in elektrische Energie zu erreichen sein wird. Dieser Notwendigkeit hat die Braunkohlenindustrie bereits durch Einrichtung besonderer feuertechnischer Beratungsstellen Rechnung getragen.

Keiner der mit der Braunkohlenindustrie mittelbar oder unmittelbar in Berührung stehenden Berufskreise wird sich seiner Mitarbeit auf dem einen oder anderen der hier nur angedeuteten Gebiete entziehen dürfen, wenn den Bemühungen ein Erfolg beschieden sein soll. Eine Hauptaufgabe liegt bei der Arbeiterschaft im Braunkohlenbergbau, um die Steigerung der Förderleistung durchzusetzen. Mit ihr haben die Bemühungen der Angestelltenschaft und der Werksverwaltungen in gleicher Richtung zu gehen, um die volle Leistungsfähigkeit der Betriebe sicherzustellen. Schließlich wird auch der den Braunkohlenbergbau versorgenden Maschinenindustrie ein hervorragender Anteil an der Aufgabe der Leistungssteigerung zufallen.

Neue Hoffnung auf amerikanisches Mehl.

Berlin, 17. Septbr. (Eigene Meldung.) Wie die „Morgenpost" erfährt, besteht doch noch Hoffnung auf baldige Einfuhr amerikanischen Mehls. Die Verhandlungen zwischen den deutschen und amerikanischen Bäckerorganisationen sind nicht abgebrochen, und es besteht die Aussicht, daß ein großer Mühlenkonzern in Minneapolis sich an der Lieferung von Mehl oder Getreide nach Deutschland beteiligen wird. Die Weizenpreise in Amerika sind in letzter Zeit sehr zurückgegangen, da sich ergeben hat, daß noch große Bestände von der vorigen Ernte vorhanden sind. Der Reichsernährungsminister Hermesfhat erklärt, daß er bereit sei, ein neues Angebot zu prüfen. Es ist nun nicht ausgeschlossen, daß noch in diesem Monat ein neues Lieferungsgebot an Deutschland herantritt.

Vierzehn Tage Finanzkonferenz in Brüssel

Brüssel, 17. Sept. Wie belgische Zeitungen melden, soll die Finanzkonferenz von Brüssel vierzehn Tage dauern. 35 Länder mit 150 Delegierten werden vertreten sein.

Die Lage in Oberschlesien.

Oppeln, 17. Sept. (Eigene Meldung.) Die allgemeine Lage ist weiterhin ruhig; die Bandenbildung hat nachgelassen. Ausschreitungen sind nicht wieder vorgekommen. Es ist dies darauf zurückzuführen, daß die oberschlesische Polizei die unzuverlässige Bürgerwehr abgelöst hat. Die Streikschichten sind von den Gruben nicht bezahlt worden. Die polnischen Organisationen wollen sie aus ihrer eigenen Tasche zahlen; es muß abgewartet werden, ob sie dazu in der Lage sein werden. Arbeitseinstellungen auf Grund der Nichtauszahlung der Streikschichten sind bisher nicht zu verzeichnen. Trotz der augenblicklichen äußeren Ruhe erfordert die Lage aber weiterhin die vollste Aufmerksamkeit aller in Betracht kommenden Behörden.

Paris, 17. Sept. Wie die Blätter melden, beschäftigte sich die Botschafterkonferenz gestern mit der oberschlesischen Frage, faßte jedoch keine Beschlüsse, da man erst die Ankunft des Generals Lerond abwarten will.

Die russisch-polnische Frage.

Kopenhagen, 17. Septbr. „Berlingske Tidende" meldet aus Warschau, eine Schwierigkeit für die Arbeiten der Friedenskonferenz in Riga liegt darin, daß die Frage der Verbindung zwischen Warschau und Riga ein noch ungelöstes Problem ist. In Anbetracht des polnisch-litauischen Konflikts kann die Verbindung nicht über Kowno erfolgen, jedoch hofft man, daß es der polnischen Delegation bei den Verhandlungen mit den litauischen Behörden gelingen wird, eine feste Flugverbindung zwischen Riga und Warschau herzustellen.

London, 17. Sept. Einem offiziösen Telegramm aus Riga zufolge befindet sich unter den Delegierten Rußlands als Sachverständiger General Poliwanow, der nach dem Sturze des Generals Suchomlinow russischer Kriegsminister war.

Helsingfors, 16. Sept. Nach neueren Meldungen, die hier aus Petersburg eingelaufen sind, brachen die bereits gemeldeten Meutereien gegen die Sowjetkommissare aus, als die Bevölkerung die Niederlage der russischen Heere in Polen erfuhr. Diese Niederlage war der Bevölkerung völlig geheim gehalten worden. Infolgedessen bemächtigte sich der Bevölkerung eine ungeheure Erregung, die sich in Schießereien Luft machte. Vom 22. bis 26. August und den ganzen 6. Septbr. über war aus der Gegend von Kronstadt schweres Artilleriefeuer zu hören. Man nimmt deshalb an, daß die Schiffsbesatzungen der Flotte gemeutert haben.

Polen kauft amerikanisches Eisenbahnmaterial.

Warschau, 17. Sept. (Eigene Meldung.) Der polnische Eisenbahnminister Barthel erklärte einem Mitarbeiter des „Kurier Polski", daß die polnische Regierung in Amerika 4700 Waggons mit je 30 Tonnen Tragfähigkeit angekauft hat. 1700 Waggons wurden bereits geliefert und sind nach Danzig verladen worden. In den nächsten Tagen wird auch eine größere Anzahl amerikanischer Lokomotiven erwartet.

Neuer Terror in Rußland.

Riga, 16. Sept. Die Rigaer „Sewednia" meldet aus sicherer Quelle, daß sich die Sowjetregierung ein neues terroristisches Werkzeug geschaffen hat mit unbeschränktem Recht Aufrührer verhaften und erschießen zu lassen mit der einzigen Verpflichtung, der Regierung davon Mitteilung zu machen. Die bisherigen, außerordentlichen Kommissionen haben anscheinlich nicht ausgereicht. Selbst die „Krasnaja Gazetta" gesteht, daß die Zensur beträchtlich verschärft wurde. Der verstärkte Spitzeldienst führte zu zahlreichen Verhaftungen. Noch nie hatte man eine derartige Unduldsamkeit erlebt. Ein hier aus Rußland eingeschmuggelter, also nicht zensurierter Brief berichtet davon, daß in einer Familie zwei Personen Hungers gestorben und zwei wahnsinnig geworden sind, während die sog. „Kremlration" den Pensionären der Dritten Internationale neben anderem sogar Butter, Schokolade und Weißbrot zusichert.

Die Lage in Italien.

Mailand, 17. Sept. Gestern nachmittag trat der Bund der Industriellen wieder zusammen. Es waren mehr als 200 Delegierte anwesend, die 20 000 Unternehmen vertreten. Die Frage der Kontrolle der Betriebe durch die Arbeiter wurde erörtert. Die Versammlung nahm eine Tagesordnung an, welche besagt, daß die Kontrolle nicht die Beherrschung einer Klasse durch die andere bedeuten dürfe. Eine zweite Tagesordnung fordert, daß vor der Annahme der Kontrolle die Räumung der von den Arbeitern besetzten Betriebe stattfinden müßte. Der Präsident des Bundes der Industriellen hat sich nach Rom zur Besprechung mit Giolitti begeben.

Internationaler Freihandelskongreß in London.

London, 16. Sept. Der Londoner Cobdonklub hat zu einem internationalen Freihandelskongreß eingeladen, der vom 5. bis 7. Oktober in der Caxtonhall abgehalten werden soll und an dem auch Nationalökonomen mitteleuropäischer Staaten und Amerikas teilnehmen werden. Der Kongreß befaßt sich u. a. mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage und der Möglichkeit einer Verbesserung durch den Freihandel, mit der Besserung der Lebenshaltung durch den Freihandel, mit der Stabilisierung der Finanzen, der Schutzzollgefahr für Großbritannien und dem Freihandel als notwendiger Vorbedingung für einen tatkräftigen Völkerbund. Der für Ende September 1914 geplante Freihandelskongreß, der wegen des Kriegsausbruchs nicht mehr zustande kommen konnte, soll im Jahre 1921 stattfinden.

Das Vermögen des Generals Judenitsch beschlagnahmt

Kopenhagen, 17. Septbr. Die „Iswestija" erfährt aus Paris, die französische Regierung hat das gesamte Vermögen des Generals Judenitsch beschlagnahmt, um damit die Forderungen der Gläubiger und Beamten der Nordwestarmee zu bezahlen. General Judenitsch hatte in Frankreich eine Villa für drei Millionen Franken gekauft und 7 Millionen in Banken deponiert.

Preußische Landesversammlung.

153. Sitzung. Freitag, 17. September, 1 Uhr mittags.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20. Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. **Haas** (Soz.) wegen Anwerbung für die Fremdenlegion im Rheinland erklärt ein Vertreter der Regierung, das Einschreiten der preußischen Behörden im besetzten Gebiet sei sehr schwierig, das Vorliegen strafbarer Handlungen sei sehr schwer nachzuweisen. In Köln ist es gelungen, einen augenscheinlich in fremdem Sold stehenden Werber festzunehmen. Er ist zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Eine französische Werbestelle in Köln ist beseitigt, ein angebrachtes Schild entfernt worden. In Bonn ist gleichfalls das Auftreten einer Werbestelle beobachtet worden. Die Staatsregierung wird im Einvernehmen mit den Reichsbehörden alles Erforderliche tun, um die strafbaren An-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200918016/fragment/page=0001

verbungen unmöglich zu machen

Nach Erledigung einer weiteren Reihe von Anfragen schreitet das Haus zur Beratung des gemeinsamen Antrages aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen, die **friedliche Berufstätigkeit der deutschen Staatsbürger in der Provinz**

Oberschlesien

vor polnischen Uebergriffen und Gewalttätigkeiten zu schützen und dafür zu sorgen, daß die Volksabstimmung in Oberschlesien gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages unbeeinflußt von jeglichem Terror ruhig vor sich geht und vor allem Deutschland und Preußen davor bewahrt bleiben, daß die für unser Wirtschafts- und Staatsleben unentbehrliche Provinz Oberschlesien uns ohne Abstimmung von den Polen gewaltsam entrissen wird.

Abg. Dr. **Porsch** (Ztr.): Es ist nicht zweckmäßig, jetzt ausführlich über die oberschlesischen Dinge zu sprechen. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen.

Abg. **Conradt** (Dn.): Ich bin entgegengesetzter Ansicht, wir müssen eingehend über die unhaltbaren Zustände in Oberschlesien sprechen. Statt daß die Interalliierte Kommission unparteiisch für Ruhe und Ordnung gesorgt hat, ist zugunsten der Polen in einer Weise gegen die Deutschen vorgegangen worden, die unerträglich ist und war. Wiederholt ist die Anregung ergangen, die französische Besatzung durch Engländer oder Italiener zu ersetzen. Leider konnte das nicht erreicht werden. Papierne Proteste nützen nichts, wir müssen auch in diesem Hause das Volk aufmuntern. Mördergesindel zieht durch das Land. Reguläres polnisches Heer war bei den Putschen beteiligt. Dank dafür den Männern und Frauen in Oberschlesien, die sich für unser Deutschtum eingesetzt haben bis zum letzten selbst unter Einsetzung ihres Lebens. Die französische Besatzung treibt nachgewiesenermaßen frivole Verleumdung. Es ist höchste Zeit, daß die interalliierten Mächte eingreifen und die französische Besatzung durch andere ersetzen. Werden die Dinge nicht endlich anders, so mag die Regierung Rückgrat zeigen und zu schärfsten Repressalien greifen. Wir haben den besten Willen, den Friedensvertrag zu erfüllen, es muß uns das aber auch möglich gemacht werden.

Vizepräsident Dr. von **Kries** gibt ein Telegramm von 500 heimattreuen Oberschlesiern in Sagan bekannt, das die Regierung auffordert, den verbrecherischen Franzosen und Polen in Oberschlesien ein Ziel zu setzen, die baldige Abstimmung herbeizuführen und den Oberschlesiern auch das Abstimmungsrecht zu gewährleisten.

Abg. Scholig (Soz.): Dem Appell an die Regierung, zu Repressalien zu greifen, können wir nicht zustimmen. Wir wünschen, daß alle diese Unstimmigkeiten in Ruhe und Ordnung erledigt werden. Die deutschen Agitatoren haben mindestens das gleiche Recht, sich in ihrer oberschlesischen Heimat zu bewegen wie Herr Korfanty und seine Freunde; nationalistische Kundgebungen müssen aber unterbleiben. Am Abstimmungstage müssen alle heimatstreuen Oberschlesier auf dem Posten sein, um Oberschlesien Deutschland zu erhalten.

Ministerpräsident Braun:

Auch die Staatsregierung hat mit Entsetzen und Schmerz Kenntnis genommen von den furchtbaren Ereignissen, die sich in Oberschlesien abspielen. Mit inniger Anteilnahme und steigender Empörung verfolgt sie den heroischen Kampf, den die überwiegend deutschgesinnte Bevölkerung gegen die Heimtücke und Schändlichkeit polnischer Söldlinge, gegen die Brutalität einer durch verlogene polnische Hetzer bis zur Siedehitze nationalistischen Hasses aufgestachelten Mörderbande führt. Die Staatsregierung war dauernd bemüht, durch Erschöpfung aller ihr leider nur in beschränktem Umfange zu Gebote stehenden Mittel das Schicksal der Oberschlesier zu mildern. Das wird auch in Zukunft geschehen. Die Vorkommnisse in Oberschlesien zeigen mit grausamer Deutlichkeit, daß das Versailler Gewaltdiktat der Sieger nicht ein Dokument des Friedens und der Völkerversöhnung, sondern vielmehr der Völkerzerfleischung ist. Die Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker wird hier zur blutigen Phrase herabgewürdigt. Nachdem das überwältigende Bekenntnis zum Deutschtum in Ost- und Westpreußen aller Welt offenbart hat, wie schändlich die Diktatoren von Versailles von polnischer Seite irregeführt worden, versuchen die Polen in Oberschlesien sich durch Gewaltanwendung einer erneuten Blamage zu entziehen. Die neuerdings bekanntgewordenen Dokumente beweisen, daß die Polen ihren Aufstand von langer Hand vorbereitet haben, um sich mit brutaler Gewalt in den Besitz des Landes zu setzen, das sie durch die Abstimmung nicht mehr glauben erhalten zu können. Weitere Aufstände drohen, große oberschlesische Gebiete stehen noch unter polnischem Terror. Tieftraurig, ja geradezu empörend ist, daß die Interalliierte Kommission, welche die oberschlesische Bevölkerung wehrlos gemacht hat, um die Freiheit der Abstimmung zu sichern, nunmehr nicht imstande oder, was man nach dem Verhalten der Franzosen annehmen müsse, garnicht willens ist, das wehrlos gemachte Volk gegen polnische Brutalitäten zu schützen. Mit den Rechten, die die Alliierten sich gegeben haben, haben sie auch Pflichten übernommen und die deutschgesinnte Bevölkerung gegen den polnischen Terror zu schützen.

Ich rufe hier vor aller Welt die Interalliierten zur Pflicht auf. (Starker Beifall.)

Gemeinsam mit der Reichsregierung wird die Staatsregierung nach wie vor bemüht sein, auf geordnete, eine freie unbehinderte Abstimmung in Oberschlesien sichernde Verhältnisse hinzuwirken. Der schwergeprüften oberschlesischen Bevölkerung gebührt Dank und Anerkennung für ihre hingebende Standhaftigkeit, mit der sie die Fahne des Deutschtums gegen die anstürmende polnische Flut hochhält. Können wir ihr auch nicht so beistehen, wie wir wünschen, mit dem Herzen sind wir bei ihr und fühlen mit ihr das furchtbare Martyrium, das über sie gekommen ist. Mögen sie aushalten in diesem aufopfernden Kampfe, damit auch die Abstimmung in diesem alten deutschen Lande sich zu einem Triumph des Deutschtums gestalte. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. **Grund** (Dem.): Mit steigender Sorge, mit tiefer Erbitterung sehen wir, wie die Oberschlesier schutzlos der Gewalt und dem Morde ausgesetzt sind. Wir wollen das Weltgewissen wachrufen. Schon jetzt wird versucht, das Ergebnis der bevorstehenden Abstimmung zu fälschen, indem man die Deutschgesinnten drangsaliert und vertreibt, der aufgefundene Feldzugsplan der Polen gibt hierüber genaue Aufschlüsse. Wir verlangen Schutz vor Gewalt und Gewährleistung einer gerechten Volksabstimmung.

(Schluß folgt.)

Deutsches Reich.

Unbegründete Sensationsmeldung. Die von Berliner Zeitungen verbreitete Meldung von einer drohenden Stillegung der Fernsprechämter Rheingau und Westend entspricht nicht den Tatsachen. Es ist richtig, daß sich in diesen Aemtern Teile von belgischen Fernsprechvermittlungseinrichtungen befinden. Vor mehreren Wochen haben belgische Beauftragte die Einrichtungen der beiden Aemter besichtigt. Die Zeitungsmeldung, daß zwischen der belgischen Regierung und dem Reichspostministerium verhandelt werde, ist unzutreffend. Der Zeitwert der bestehenden Einrichtungen ist kürzlich auf 200—300 000 Mark abgeschätzt worden. Nach alledem liegt umsoweniger ein Anlaß zu einer Beunruhigung vor, als seitens der Reichstelegraphenverwaltung die Wege bereits festgelegt sind, wie die Frage ohne Benachteiligung der Teilnehmer zu lösen sein wird, falls sich eine Auslieferung der Apparatteile nicht vermeiden lassen sollte.

Hölz entflohen. In Dresden wird das Gerücht verbreitet, daß Hölz aus dem Sanatorium, in dem er in der Tschecho-Slowakei eingeschlossen war, entflohen sei. Eine amtliche Bestätigung steht noch aus. Die sächsische Regierung und die Regierungen der Länder haben Maßnahmen getroffen, um Hölz, falls er in Deutschland auftauchen sollte, festzunehmen.

Keine polnische Währung in Danzig. Weite Kreise wurden durch Gerüchte beunruhigt, daß Danzig polnische Währung erhalten werde. Diese Gerüchte sind unbegründet. Auch in dem Wirtschaftsabkommen zwischen Danzig und Polen ist vereinbart, daß die Zahlungen, die Danzig Polen zu leisten hat, in deutscher Währung zu vollziehen sind. Die Gerüchte scheinen auf spekulative Elemente, die von Valutageschäften leben, zurückzugehen.

Ausland.

Spaltung in der österreichischen Sozialdemokratie.

Wien, 16. Sept. (Eigene Meldung.) Die sozialdemokratische Partei Oesterreichs hat eine Absplitterung erfahren. Die radikale Linke, die bisher als Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Arbeiterräte in der Partei tätig war, hat sich unter Führung des Redakteurs der Arbeiterzeitung Dr. Frey als Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Sozialdemokraten abgesplittert und geht mit den Kommunisten gegen die Sozialdemokraten. Der alte linke Flügel der Sozialdemokraten unter Führung von Dr. Otto Bauer und Friedrich Adler gehört weiter der sozialdemokratischen Partei an. Der Vorstand der Sozialdemokratie veranstaltete infolge dieses Zwistes gestern eine Versammlung der Vertrauensmänner, um hierzu Stellung zu nehmen. In einer Entschließung wurde der neuen Gruppe des Dr. Frey die schärfste Mißbilligung ausgesprochen. Abgelehnt wurde eine Entschließung, welche die Sozialdemokratie auffordert, endgültig auf eine Koalition der bürgerlichen Parteien bei der künftigen Regierungsbildung zu verzichten und entschlossen den Weg der Einigung mit den Kommunisten zu betreten.

Die englische Bergarbeiterbewegung.

Paris, 17. Septbr. Wie das „Journal" aus London meldet, fanden gestern Besprechungen zwischen den Vertretern der Bergarbeiter und dem Präsidenten des Handelsamts Horne statt. Die Bergarbeiter halten ihre Forderung nach einer Lohnerhöhung aufrecht, bestehen aber nicht auf einer sofortigen Herabsetzung der Kohlenpreise und verlangten die Einsetzung einer Kommission, die diese Frage prüfen soll. Horne erwiderte im Namen der Regierung, daß eine sofortige Lohnerhöhung unmöglich sei, falls nicht eine gewisse Produktion garantiert werde. Man beurteilt die Lage hoffnungsvoller.

London, 17. Sept. Laut „Evening Standard" haben die Bergarbeiter ihre Forderung auf Herabsetzung des Kohlenpreises endgültig aufgegeben, verlangen aber Zusicherungen, daß die Lohnerhöhung nicht zu Lasten der Konsumenten geht.

Ein zweiter Hungerstreiker.

Dublin, 16. Sept. Der 19 Jahre alte Sean Hennessy aus Cork Gaol, der ebenfalls seit 34 Tagen hungert, nachdem er am 23. Juli mit elf anderen verhaftet worden war, droht im Laufe dieses Tages zu sterben.

Wahlauftakt in den Vereinigten Staaten.

Die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die am 2. November d. J. stattfinden soll, wirft ihre Schatten voraus. In dem alten, an der kanadischen Grenze liegenden Staate Maine, der bei der Präsidentschaftswahl über sechs Stimmen verfügen kann, haben die Gouverneurs- und Senatswahlen stattgefunden. Sie endeten mit einem über alles Erwarten großen Siege der Republikaner. In einer amerikanischen Meldung wird betont, daß die Niederlage der Demokraten auf die Unbeliebtheit Wilsons zurückzuführen sei. Wenn auch Herr Wilson mit diesen Wahlen im Staate Maine nichts unmittelbar zu tun hat, so ist an dieser Deutung doch etwas Wichtiges. Die von Wilson selbst ausgegebene Wahlparole „Für den Völkerbund" hat auch in Maine den Demokraten das Genick gebrochen. Die Republikaner, die noch unlängst durch die Nominierung des Senators Harding aus Ohio zum Präsidentschaftskandidaten eine gewisse Kompromißwilligkeit in der Völkerbundsfrage erkennen ließen, scheinen in dem Wahlkampf von Maine mit aller Entschiedenheit gegen die Wilsonsche Kriegspolitik und ihre Folgen losgegangen zu sein. Ihr Wahlerfolg zeigt, daß sie damit die Stimmung der Massen richtig getroffen haben. Sehr bezeichnend ist es, daß die Frauen, die eben erst, und zwar hauptsächlich auf demokratisches Betreiben hin, das Wahlrecht erhalten haben, nahezu geschlossen für die republikanischen Kandidaten eingetreten sind. Nach ihrem Siege in dem wichtigen und alten Staate der Union können die Republikaner der Präsidentenwahl ruhigen Gefühls entgegensehen, selbst dann, wenn Herr Wilson, entgegen seiner Gewohnheit, dabei seine Persönlichkeit nicht in den Vordergrund stellen würde.

Zum Wiederaufleben der Naturforscher- und Aerzteversammlung.

Von

Dr. W. Ahrens-Rostock.

(Nachdruck verboten.)

Alljährlich in den Tagen des Herbstanfanges pflegten früher aus ganz Deutschland mit Einschluß der deutschen Landesteile Oesterreichs die Naturforscher und Aerzte sich zu versammeln zu löblichem Tun: Zu wissenschaftlichen Vorträgen und Verhandlungen, und diese gelehrten Veranstaltungen, die regelmäßig die letzte volle Kalenderwoche des September ausfüllten, pflegten von allerlei sonstigen Genüssen — für Auge und Ohr, für Herz und Magen — umrahmt und begleitet zu sein. Seit nahezu einem vollen Jahrhundert, seit dem Jahre 1822, da Leipzigs freundliche Lindenstadt die erste Versammlung dieser Art in ihren Mauern sah, haben „die eß-, spazier- und musiklustigen wandernden Naturseelen", wie Alexander von Humboldt in seiner harmlos-boshaften Art wohl sagte, in dieser Weise regelmäßig ihre „Jahrmärkte" an wechselnden Orten Deutschlands und Deutsch-Oesterreichs abgehalten. Nur außergewöhnliche Zeitverhältnisse: die Cholera-Epidemien der Jahre 1831, 1855, 1892, die politischen Wirren von 1848 und die Kriege der Jahre 1859, 1866, 1870 vermochten die naturforschenden „Nomaden" von diesen jährlichen Pilgerfahrten zurückzuhalten, und auch in diesen sieben Fällen war jedesmal nur eine Jahresversammlung ausgefallen, nur jedesmal eine zweijährige Zwischenpause entstanden. Dann aber kam das Jahr 1914, kamen Weltkrieg und Revolution und bewirkten, daß nicht weniger als sechs aufeinanderfolgende Jahre (1914—1919) ohne Naturforscher- und Aerzteversammlung blieben. Erst in diesem Jahre, nach siebenjähriger Zwischenpause, soll der 85. Versammlung, die 1913 in Wien stattfand, die 86. in Bad Nauheim — in den Tagen vom 19. bis 25. Sept. — folgen. Zu den wichtigsten Verhandlungsgegenständen dieser Nauheimer Tagung wird die vielerörterte und vielumstrittene Einsteinsche Relativitätstheorie gehören, über die auf Anregung Einsteins selbst eine Diskussion stattfinden soll.

Im allgemeinen ist der Wert solcher Gelehrten-Versammlungen recht verschieden eingeschätzt worden. Während Billroth der große Wiener Chirurg, z. B. am Chirurgen-Kongreß von 1877 und an seinem „prächtigen Treiben, Wogen, Drängen von interessanten Fortschritten große Freude" hatte, wußte Ludolf Camphausen, der bekannte Staatsmann, der sich nach Abwendung von Politik und Geschäftsleben mit naturwissenschaftlichen, zumal astronomischen Studien beschäftigte, im Jahre 1864, nachdem er „den ganzen Schwindel" der Naturforscherversammlung in Gießen mitgemacht hatte, keinen weiteren Gewinn davon zu verbuchen, als daß er, der ehemalige Handelsherr und Minister, noch auf seine alten Tage „in einer schmierigen Kneipe unter lustigen Studenten gelernt hatte, wie ein Salamander gerieben wird". „Die Vermehrung meiner naturwissenschaftlichen Kenntnisse", so meint er, „ist auf diesen Salamander beschränkt geblieben." Während Adolf Kußmaul der hervorragende Kliniker, einmal rühmt: „Solche Versammlungen sind gelehrte Märkte, wo man sein Bestes feilbietet, Ausstellungen, wo sich oft in wenigen Minuten verrät, wessen Geistes Kind der Mann ist, mit dem man sich unterhält, oder dessen Vortrag wir anhören", urteilt wieder Max Müller, der berühmte Orientalist der Universität Oxford, recht abfällig und skeptisch: „Es ist mir immer zweifelhaft gewesen, ob diese öffentlichen Versammlungen für die Wissenschaft eigentlich etwas leisten oder nicht. Jeder, der seine 20 Mk. Beitrittsgeld bezahlt, kann Mitglied werden und sich hören lassen, ob er seine Sache versteht oder nicht. Und die Unwissendsten nehmen oft die längste Zeit in Anspruch . . . Einen anderen Nachteil der Kongresse erblicke ich darin, daß niemand, auch der tüchtigste Gelehrte, einer so gemischten Versammlung gegenüber sich ganz gibt. Während man in einem Privatgespräch jede Belehrung dankbar hinnimmt, läßt sich kein Mensch gern an öffentlicher Stelle sagen, daß er dies und jenes hätte wissen sollen, und daß es jeder Schuljunge besser wisse."

In neuerer Zeit pflegte die Zahl der verschiedenen Vorträge auf einer deutschen Naturforscherversammlung in die vielen Hunderte zu gehen und von einem Tausend nicht mehr allzuweit entfernt zu sein. Selbstverständlich wird dem einzelnen Versammlungsteilnehmer nicht zugemutet, während der einen Woche eine solche Fülle von Wissenschaft und von Redelust über sich ergehen zu lassen, und die ganz überwiegende Zahl der Vorträge geht naturgemäß nur in dem engeren Kreise der Fachgenossen, in den vielen Fachsektionen, von statten. Denn, wie schon Humboldt einmal — in einem Briefe an August Böckh (1842) — recht hübsch gesagt hat, „das Recht, Langeweile zu erregen, darf man nur unter sich ausüben, weil gegenseitig Rache (Wiedervergeltung) möglich ist." Diesen Sitzungen der im Laufe der Zeit immer zahlreicher gewordenen Fachsektionen stehen nun freilich auch allgemeine Sitzungen bezw. Sitzungen der beiden Hauptgruppen, der naturwissenschaftlichen und der medizinischen, gegenüber. Ihnen bleiben außer den offiziellen Reden naturgemäß nur wenige Vorträge von besonderem und allgemeinerem Interesse vorbehalten, und diese haben denn zumeist eine sehr große Zuhörerschaft. An ihnen nehmen auch wohl die in Begleitung der Eheherren mitgekommenen schöneren Hälften und auch die schon von Humboldt bespöttelten „Naturtöchter", sofern sie noch für etwas and res als den „Naturtanz" Zeit und Sinn haben, teil, und so mag denn auf manche dieser Vorträge ein bekanntes Witzwort Moritz Saphirs Anwendung finden, der einst über eine wissenschaftliche Vorlesung Humboldts mit den Worten berichtete: „Der Saal faßte nicht die Zuhörer, und die Zuhörerinnen faßten nicht den Vortrag."

Um einen Vortrag zu hören, der in den meisten Fällen hinterher auch gedruckt zu lesen ist, erscheint es freilich nicht notwendig, daß Hunderte aus allen Richtungen der Windrose, von nah und fern, zusammenkommen. Immerhin ist der persönliche Gedankenaustausch über das Gehörte und Verhandelte natürlich oft von hohem Wert, und gewiß beruht die Bedeutung solcher Versammlungen nicht bloß auf den eigentlichen Vorträgen, sondern ebensowohl auf den sich hieran anschließenden privaten Besprechungen, wie überhaupt auf den persönlichen Anregungen, die sich naturgemäß in solchen Tagen im privaten Verkehr von Mensch zu Mensch, von Forscher zu Forscher, in reicher Fülle bieten. Daß bei alledem neben den geistigen Genüssen auch die leiblichen, neben der Astronomie auch die Gastronomie, nicht vergessen zu werden pflegt, ist nur natürlich. So fand Friedrich Wöhler, der berühmte Chemiker, bei dem „Naturforscher-Spektakel in Nürnberg" (1845) zwar „wenig genießbare Chemie", dafür aber doch „sehr gutes Essen und Trinken". Auch Hoffmann von Fallersleben, der in der Zeit seiner Breslauer Professur die dortige Naturforscherversammlung von 1833, natürlich nur als Schlachtenbummler, mitmachte, hebt „das viele gute Essen und Trinken", dessen kein Ende gewesen sei, hervor. „Mitunter", so schreibt er, „war es mir ganz lieb, dergleichen Festgelage mitzumachen. Mich ergötzte es, wenn ich sah, wie alle Persönlichkeit im großen Ganzen verschwand, und wie alle Poesie des Lebens in einem Weichselzopfe von leeren geselligen Formen ihr Ziel fand."

Jede Versammlung bestimmt den Tagungsort der nächsten. So lange die Wohnungnot besteht, wird bei dieser Wahl wohl stets die Frage der Unterbringungsmöglichkeiten entscheidend mitwirken, und so werden denn wohl vorzugsweise Badeorte mit ihren vielen Hotels und Pensionen Aussicht auf Berücksichtigung haben. Dieser Umstand ist jedenfalls auch der Hauptgrund gewesen, an die Stelle Hannovers, das von der Wiener Versammlung 1913 für die nächste Tagung gewählt war, jetzt Bad Nauheim zu setzen.

*

Halle hat übrigens ebenso wie Berlin, Leipzig und 15 andere Städte die Naturforscher und Aerzte bisher zweimal: in den Jahren 1823 und 1891, bei sich aufnehmen können, während sechs andere Städte dreimal Wien sogar viermal, in dieser Lage gewesen sind

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200918016/fragment/page=0002

Halle und Umgebung.

Halle, den 18. September 1920.

Die Kreditierung der Fernsprechanleihe.

Die Tatsache, daß die am 1. Oktober fällige Fernsprechanleihe nicht nur in bar, sondern auch mit Hilfe einer Versicherungsgesellschaft, nämlich der Deutschen Volksversicherung, einbezahlt werden darf, hat den Anlaß zu dem immer wieder auftretenden Mißverständnis gegeben, daß der Fernsprechteilnehmer hierbei eine Versicherung eingeht. Das ist nicht der Fall; es handelt sich um einen Kreditauftrag.

Der Fernsprechteilnehmer, der die Aufbedung seines Anschlusses vermeiden möchte, den Fernsprechbeitrag aber auch nicht in bar zahlen will oder kann, erteilt den Auftrag, den gesetzlichen Beitrag von 1000 Mark für den Hauptanschluß und von 200 Mark für den Nebenanschluß auf die Dauer von 10 Jahren für ihn bei der Post einzuzahlen. Der Teilnehmer verpflichtet sich, als Gegenleistung hierfür eine vierteljährliche Vergütung z. Zt. von 8,75 Mark für je 1000 Mark zu zahlen sowie eine einmalige Einschreibegebühr von 20 Mark. Hat der Fernsprechteilnehmer diesen Kreditauftrag bei der Post gestellt, so kann er das weitere abwarten. Die Post zieht die einmalige Einschreibegebühr ein, ebenso die vierteljährlichen, postnumerando zahlbaren Vergütungen gleichzeitig mit den Fernsprechgebühren.

Wenn der Fernsprechteilnehmer den Anschluß vor Ablauf der zehnjährigen Frist aufgibt, so zahlt die Post den Beitrag an die Deutsche Volksversicherung zurück und der Fernsprechteilnehmer ist für die künftige Zeit von jeder weiteren Verpflichtung befreit. Er kann ferner seits auch zu jedem Quartalsersten den Beitrag bei der Post selbst einzahlen und dadurch das Vertragsverhältnis mit der Deutschen Volksversicherung beenden.

Der bequeme Weg und die in heutiger Zeit für die Geschäftswelt günstigen Kreditbedingungen haben, wie wir hören, in einer starken Inanspruchnahme geführt; auch Großunternehmungen, die jedes Kreditbedürfnis in beliebiger Höhe anderweit würden decken können, haben sich bei der Regelung der Fernsprechanleihe der Deutschen Volksversicherung bedient.

Die Kriegsgefangenen und Internierten sind nunmehr in der Mehrzahl in die Heimat zurückgekehrt. Entsprechend früheren Erlassen wird jetzt bestimmt:

„Der 1. Dezember 1920 gilt als Schlusstermin, bis zu dem die — in der Zeit vom 1. August 1919 bis Ende August 1920 zurückgekehrten — Heeresangehörigen ihre Anträge spätestens stellen müssen auf Verleihung von: Kriegsausseichnungen, Dienstabzeichen (Dienstauszeichnungskreuz, Dienstauszeichnung 3., 2., 1. Klasse, Kdw.-Dienstauszeichnung 1., 2. Klasse). Die später, also nach Ende August 1920, noch heimkehrenden Kriegsgefangenen sind behalten, die Anträge innerhalb eines Zeitraumes von 3 Monaten nach der Rückkehr vorzubringen. Die rechtzeitige Antragstellung liegt im eigensten Interesse der Bewerber. Soweit die Anträge noch nicht eingereicht sind, sind sie nunmehr zu stellen: Doch Heeresangehörige, die in die Reichswehr übernommen werden, beim Truppenteil, sonst ausnahmslos beim Abw.-Komm. bestehenden früheren Armeekorps, in dem die Heimkehrer ihren Wohnsitz nehmen. Aus den Anträgen muß ersichtlich sein: Tag der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft, jetziger Wohnsitz, letzter Feldtruppenteil. Ferner ist die Namhaftmachung ehemaliger Feldvorgesetzter erwünscht, die zur Beurteilung der Verdienste berufen sind. Anhörung dieser erfolgt durch die Dienststellen. Die Versorgungsämter sind bei der Verleihung von Auszeichnungen nicht mehr beteiligt."

Der Lehrerinnenverein in Halle

behandelte in seiner letzten Sitzung zunächst das Thema: „Die verheiratete Lehrerin". Die Referentin Frau Lange besprach zuerst die ministeriellen Erlasse, die der Lehrerin bei ihrer Verheiratung das Verbleiben im Amte gestatten. Dann wandte sie sich zur Frage der Entschädigung für die Lehrerin, die nach ihrer Verheiratung aus dem Amt scheidet und dabei ihrer Pensionsberechtigung verlustig geht. Die Versammlung schloß sich den Forderungen an, die der Landesverein Preußischer Volksschullehrerinnen in einer Eingabe an das Ministerium und die Preußische Landesversammlung gestellt hat, nämlich die Höhe der Entschädigung nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte zu bemessen oder eine Leibrente zu bewilligen.

Sodann hielt Herr Rektor Breitbarth einen Vortrag über: „Gutbegabte Kinder, die schwer erziehbar sind". Er unterschied zwischen solchen Kindern, die schwer erziehbar werden durch das Hineinzwängen in Bildungssysteme, die ihrer Eigenart nicht entsprechen, und solchen, die es wegen angeborener oder anerzogener Besonderheiten des Gefühls- und Willenslebens sind. Mit großer Anschaulichkeit schilderte er die Erscheinungsformen folgender Gruppen: 1. die übermäßig aktiven Naturen, bei denen man zwischen Sanguinikern und Cholerikern unterscheiden kann. Er geht näher ein auf den Ereibismus (erhöhte Reizbarkeit) und die Pseudologica phantastica (irreageleitete Phantasie). 2. Die übermäßig passiven Naturen, bei denen man Phlegmatiker und Melancholiker findet, werden durch zahlreiche Beispiele aus seiner Erfahrung charakterisiert, z. B. Kindertrauen, die sich durch eine gewisse Starre des Gemüts, durch Negativismus, und eine gewisse Ausdruckslahmheit kennzeichnen. Nachdem der Redner noch auf bestimmte Grenzfälle eingegangen war, gab er zum Schluß Winke für die erziehliche Behandlung dieser Kindesnaturen. Man solle die geschilderten Eigenarten nur in ihren Uebertreibungen unterdrücken, im übrigen aber sie in die rechten Bahnen leiten durch rechte Auswahl der Arbeitsgebiete, schließlich auch durch rechte Berufswahl.

Konzert- und Tanzabend. Es sei nochmals auf den von Frau M. Schmidt-Valentin hier veranstalteten und am Sonntag, den 20. d. Mts., im Mozartsaal stattfindenden Konzert- und Tanzabend hingewiesen. Die Bedeutung dieser Veranstaltung liegt vor allem darin, daß dem Publikum die neuesten modernen Gesellschaftstänze in vorbildlicher Weise vorgeführt werden, zeigend, daß die modernen Tänze, richtig getanzt, Grazie und Eleganz aufweisen, und was in den Tanzsälen aus diesen gemacht wird. Karten sind noch an der Abendkasse zu haben.

Das diesjährige Herbstmissionsfest für die hallischen Gemeinden findet am Mittwoch, den 22. September, in der Paulusgemeinde statt. Herr Missionsinspektor Schumann, der viel Jahre in dem früheren Deutsch-Ostafrika gewirkt hat, wird um 5 Uhr in der Pauluskirche predigen und am Abend um 8 Uhr im Paulusgemeindehaus einen Lichtbildervortrag halten.

Evangelischer Bund. Nach langer Pause veranstaltet der Evangelische Bund einen Familienabend unter Mitwirkung des Stadtsingchors am Dienstag, den 21. September, abends 8 Uhr im St. Nikolaus, Nicolaistraße. Herr Generalsekretär Ahlemann, der den meisten Mitgliedern von seiner früheren Tätigkeit hier noch bekannt sein wird, spricht über: „Die Ostmark und ihr Todeskampf". Der Eintritt ist frei.

Provinzial-Nachrichten.

§ **Burgliebenau**, 17. September. (Die Schwalben auf der Abreise.) Ein interessanter Zug von Schwalben, welcher nach Tausenden und Abertausenden zählte, wurde Mittwoch abend gegen 7 Uhr im hiesigen Ameugelände beobachtet. Der Zug bewegte sich, von der Richtung Zöschen kommend nach SW. Collenben, Schkorau zu in ziemlicher Höhe und Breite, wobei die Tiere immer noch nach Insekten haschten und lautlos in beschleunigten Flügen nach den Winterquartieren abzogen. In der Tat sind auch seit gestern unsere Schwalben in den Ortschaften hier verschwunden und nur einige Nachzügler verblieben, die dann jedenfalls später die Abreise antreten.

XX **Bottenstedt**, 16. Sept. (Schankkonzessionssteuer.) Um neue notwendige Steuerquellen für den Kreis und auch für die Gemeinden zu erschließen, beschloß der Kreistag die Erhebung einer Kreissteuer von der Erlangung der Erlaubnis zum ständigen Betrieb einer Gast- oder Schankwirtschaft oder eines Kleinhandels mit Branntwein. Die Steuer beträgt für die Errichtung eines neuen Schank- oder Gastwirtschaftsbetriebes ohne Kleinhandel 300,00 Mark, wenn der jährliche Ertrag unter 1500,00 Mark geschätzt wird oder das Anlage- und Betriebskapital unter 2000,00 Mark beträgt. Bei höheren Erträgen usw. sind Steuersätze vorgesehen mit 500,00 bis 5000,00 Mark. Bei Errichtung eines Kleinhandels mit Branntwein sind Abgaben mit 50,00 bis 300,00 Mark zu entrichten. Handelt es sich um Ausschank alkoholfreier Getränke, so tritt 50 prozentiger Erlaß ein. Von den Einnahmen fließen den Gemeinden 50 Prozent zu.

— **Bürgel**, 17 September. (Die folgende nette Anzeige) findet man im „Jenaer Volksblatt": Zum Weizendiebstahl in Löberschütz und die Briefschreiberin sah die bestohlene Frau Hufe und an Herrn Wachtmeister in Bürgel gestatte ich mir die Aufklärung, daß als Urheberin jener Briefe eine rachsüchtige Frau in Frage kommt, die den Weizen vermutlich selber gestohlen hat. Weib ist und bleibt stets Kanaille... Warum denn ohne Unterschrift, edle Dame? Wohl kein reines Gewissen?! Das soll bei Denunzianten-Kreaturen stets der Fall sein. Aber lasse dir den Kuchen von dem gestohlenen Mehl gut schmecken, niedere Seele. Deine Handschrift wurde geprüft; du bist erkannt. Und willst du noch mehr wissen und unverfälschte Wahrheiten hören, so wende dich an den Unterzeichneten. Der Oeffentlichkeit aber glaube ich diese Aufklärung schuldig zu sein. Hochachtungsvoll August Liebestind, Bäckermeister, Gratischen bei Bürgel.

‡ **Magdeburg**, 17. Sept. (Zu unsren der Mitteldeutschen Ausstellung.) Der Magistrat beschloß eine Garantiebeteiligung für die Mitteldeutsche Ausstellung mit 1 Million Mark. 40 mitteldeutsche Handelskammern und Industrieverbände haben ihre Mitwirkung an der Messe zugesagt. Reichs- und Landesbehörden wollen die Messe fördern; verschiedene Minister sagten persönliche Unterstützung zu. (Priv.-Tel.)

Magdeburg, 17. Sept. (Generalsuperintendent D. Jacobi 70 Jahre.) Am kommenden Sonntag wird D. Jacobi 70 Jahre alt. Weite Kreise Magdeburgs und der ganzen Provinz Sachsen werden an diesem Gedenktage des arbeitsfrohen Mannes gedenken. Schon einmal war D. Jacobi in Magdeburg. Als Sohn des berühmten Kirchenhistorikers D. Justus Jacobi in Halle kam er nach absolviertem Examen hierher als Hauslehrer in die Familie des Geh. Kommerzienrats Schmidt (i. Fa. Pfeiffer & Schmidt). Durch Schmidt gewann er Beziehungen zur reformierten Kirche hier und wurde als ihr zweiter Pfarrer 1877 ernannt. Seit 1967 ist er wieder in Magdeburg. Als Generalsuperintendent hat er den Südwestsprengel unserer Provinz zu versorgen. Neben seiner amtlichen Tätigkeit ist ihm besonders an des Herz gewachsen die Arbeit der Inneren Mission, der er als Vorsitzender des Provinzialausschusses für Innere Mission seine Kraft schenkt. Dazu kommen die Arbeiten der evangelischen Frauenhilfe und des evangelischen kirchlichen Hilfsvereins.

Heilingenstadt, 15. Septbr. (Reicher Zwetschgensegen.) Die Händler hatten begonnen, den reichen Zwetschgensegen vom Eichsfelde auszuführen. Es ist von der Kreiswucherstelle nun dafür Sorge getragen worden, daß erst der Kreis seinen eigenen Bedarf deckt. Ist dies geschehen, so darf ausgeführt werden. Der Preis beträgt 35 Mark für den Zentner.

§ **Koburg**, 17. September. (Theaterpanik.) Im Landestheater, wo das Geräusch des niedergehenden Hagels sich anhörte, als ob es brenne, wurde durch die Unruhe des Publikums die Theateraufführung unterbrochen. Einige Besucher drängten zu den Ausgängen. Nachdem der im Theater anwesende Oberbürgermeister zur Ruhe gemahnt hatte, konnte das Spiel fortgesetzt werden.

Vermischtes.

Deutsche Großfunkstation. Neben den zahlreichen deutschen Funkstellen für den Inlandverkehr bestehen in Deutschland drei Großfunkstationen — Nauen, Eilvese und Königswusterhausen — für den Auslands- und Ueberseeverkehr. Die Großstation Nauen, die ein Gelände von insgesamt 300 Hektar bedeckt, ist die größte im Betriebe befindliche Funkstation der Erde. Ihre Leistungsfähigkeit ist so groß, daß sie mit den entferntesten Punkten der Erde — z. B. Australien und Südeseinsel (20 000 Km. entfernt) — in funkentelegraphische Verbindung treten kann. Die drei genannten Großstationen verfügen zusammen über 6 Groß-Sendeanlagen, deren technische Einrichtungen infolge Fehlens genügend zahlreicher und leistungsfähiger Gegenstationen im Auslande noch längst nicht voll ausgenutzt werden können und im Falle einer Erweiterung der ausländischen Funknetze und des Baues entsprechender Auslandsstationen noch auf lange Zeit hinaus auch einem wesentlich stärkeren Funkverkehr gewachsen sein werden.

Der erste elektrische Zug durch den Gotthard. Am Mittwoch passierte der erste elektrische Personenzug den Gotthardtunnel von Göschenen bis Airolo in 13 Minuten.

Herrenhüte aus Holz. Englands Männerwelt soll im nächsten Sommer eine neue Hutmode einführen, die Holzhüte. In ihrem einfachen Gelecht den Strohhüten sehr ähnlich, wird zu ihrer Herstellung das Holz in feine Streifen geschnitten, wie bei den Strohhüten geflochten und sogar gebleicht. Nur der Glanz des Strohhutes fehlt, und sein fahles Weiß unterscheidet ihn von seinem beliebten Bruder. Sollte diese Mode sich wirklich einführen, so dürfte die Bemerkung: „Sie haben wohl ein Brett vor dem Kopf", nicht mehr als Beleidigung aufgefaßt werden.

Eine halbe Milliarde Schieberumsatz in Bayern. In Bayern gibt es eine Landeswucherabwehrstelle, die jetzt eine Statistik über ihre Tätigkeit im letzten Jahre veröffentlicht; dieser Bericht stellt einen bemerkenswerten Ausschnitt dar, den man etwa „Geschäftsjahr der Schieber" bezeichnen könnte. Hier eine kleine Auslese aus der Liste der beschlagnahmten Waren: Fleisch für 2 Mill. Mark, Fleischkonserven für 116 000 Mark, lebendes Vieh für 150 000 Mark, Eier für 185 000 Mark, Schokolade und Kakao für 140 000 Mark, Honig für 16 000 Mark, Obst und Gemüse für 120 000 Mark, Kartoffeln für 110 000 Mark, Salz für 20 000 Mark, Wein und Branntwein für 3½ Mill. Mark, Rauchwaren für 2 100 000 Mark, Textilien und Bekleidung für 3½ Mill. Mark, Flugzeuge und Automobile für 2½ Mill. Mark, Häute und Leder für 16 Mill. Mark. Die Ueberfülle der Mengen ist nicht weniger imponierend als die der Werte: es wurden „entschoben" z. B. 4000 Zentner Fleisch, 19 Automobile, 60 Flugzeuge, 70 000 Liter Wein, 500 Zentner Kaffee und Zucker! Die Gesamtrechnung ergibt innerhalb eines Jahres in Bayern beschlagnahmen an Lebensmitteln im Werte von 20½ Millionen Mark, zusammen 30½ Millionen Mark. Es ist demnach, ohne zu übertreiben, anzunehmen, daß in Bayern im letzten Jahre für etwa eine halbe Milliarde Mark verschoben worden sind.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Zur Aufhebung der Zuckerbewirtschaftung.

WTB. Berlin, 17. September. (Drahtnachricht.) Im Unterausschuß des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung, der sich heute mit der Zuckerwirtschaft beschäftigte, erklärte der Vertreter der Regierung, daß die Freigabe der Rübenbau- und Melasseverwirtschaft vorgesehen sei und daß die Freigabe der Zuckerwirtschaft im Herbst 1921 angestrebt werde. Die jetzige Mehrerzeugung soll der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Die Industrie müsse mit der bisherigen Belieferung von der Inlandwirtschaft auskommen, aber sich selbst aus dem Ausland versorgen. Der Unterausschuß nahm dann eine Entschließung Dr. Roesicks an, in der als Grundsatz die Aufhebung der Zwangswirtschaft zu einem frühmöglichsten Termin gefordert wird. Aus der Rübenernte von 1920 soll ein die bisherige Ration übersteigender Betrag zur Versorgung der Bevölkerung verwendet werden. Die Zucker verarbeitenden Industrien sollen das Recht erhalten, ihren Bedarf durch Einfuhr zu decken. Es ist nicht zu vermeiden, daß der Zuckerpreis erheblich erhöht wird. Eine Ausfuhr von Zucker hat zu unterbleiben.

Eine mehrheitssozialistische Kampfgruppe.

Hamburg, 17. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Hamburger Warte" bringt heute einen Artikel über die Bildung einer mehrheitssozialistischen Kampforganisation, Zweck derselben ist der Kampf gegen etwaige Putsche von rechts. Die Angelegenheit ist in den Bezirksstellen der mehrheitssozialistischen Partei amtlich bearbeitet worden. Die Mitglieder der Organisation sollen besondere Ausweise haben, von denen die „Hamburger Warte" ein Exemplar in einer Abbildung zeigt. Der Staatsanwaltschaft beim Reichswehrministerium wurde von der „Hamburger Warte" von dieser Angelegenheit angeblich Mitteilung gemacht.

Die leitende Rolle der Deutschen in Sowjetrußland

Bromberg, 17. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) In einem „Die leitende Rolle der Deutschen im bolschewistischen Rußland" überschriebenen Leitartikel des hiesigen „Dzienik Bydgoski" heißt es u. a.: Wrangel glaube nicht an die Aufrichtigkeit und an einen Erfolg der polnisch-bolschewistischen Verhandlungen. Er behauptet, die Verhandlungen seien für die Sowjets nur die bekannte Atempause. Diese Ansicht sei noch dadurch begründet, daß sich in Moskau eine sehr große Zahl von Beamten des deutschen Auswärtigen Amtes aufhalte, die ganze Sowjetpolitik leiteten. Sie strebten vor allem danach, die Kontribution, die Deutschland zu zahlen hat, mit Sowjetgeld zu decken. Bekannt sei die Tatsache, daß, als Deutschland im verflossenen Jahre der Sowjetregierung 50 Lokomotiven geliefert habe, diese mit Gold und Edelsteinen habe zahlen müssen und zu diesem Zweck alle Sparanlagen in den Bankhäusern und überhaupt in Rußland geraubt habe.

Die Zwangsanleihe.

WTB. Berlin, 17. Septbr. Vom Finanzministerium wird zu den Aeußerungen der Presse über eine geplante Zwangsanleihe erklärt, daß unter den Möglichkeiten, die erwogen worden sind, um der Finanznot zu begegnen, sich auch die Zwangsanleihe befindet, daß ein positives Ergebnis aber noch nicht erzielt worden ist.

Die Adriafrage.

Rom, 17. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) In römischen politischen Kreisen wird mit Bestimmtheit behauptet, daß Sforza in den nächsten Tagen mit Trumbitsch, dem jugoslawischen Ministerpräsidenten, zusammentreffen werde, um mit ihm über die Lösung der Adriafrage zu verhandeln. Zu den Verhandlungen wird Pasitsch erwartet, und man nimmt an, daß sie zwischen dem 20. und 30. September beginnen werden.

Der Schiffsmeldedienst.

Hamburg, 17. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Der amtliche telegraphische Schiffsmeldedienst für das Elbegebiet, der während des Krieges ruhen mußte, wird von der Reichstelegraphenverwaltung am 1. Oktober wieder aufgenommen werden. Die Meldungen werden in sogenannten Schiffsmeldezetteln zusammengestellt. Nähere Anweisungen gibt das Telegraphenamt in Hamburg aus.

Eine französische Hochschule in Mainz.

Amsterdam, 17. Sept. Die Franzosen bereiten in Mainz die Errichtung einer französischen Hochschule vor, die Studenten aller Nationalitäten geöffnet sein soll, und die drei Fakultäten Medizin, Philosophie und Jura umfaßt. Die Eröffnung soll am 1. November stattfinden. Die juristische Fakultät soll unter der Leitung des juristischen Ordinarius von Stetzburg stehen.

Die französische Präsidentschaftskrise.

Paris, 17. Sept. Die Präsidentschaftskrise war nach der offiziellen Bekanntgabe gestern nachmittag das Gespräch in den Wandelgängen der Kammer. Das Parlament wird auf den 21. September einberufen, um eine Botschaft des Präsidenten zur Kenntnis zu nehmen. Es wird hierauf am 23. September in Versailles als Nationalversammlung tagen, um den neuen Präsidenten zu wählen. Im Einverständnis mit den Präsidenten beider Häuser wird Millerand das Dekret zur Einberufung von Kammer und Senat in einer außerordentlichen Session von Deschanel unterzeichnen lassen. Es ist noch kein Politiker als Kandidat in die Oeffentlichkeit getreten. In parlamentarischen Kreisen spricht man sich entschieden für Millerand aus, der fast die Gesamtheit der Stimmen auf sich vereinigt. In diesem Fall würde wahrscheinlich kein Gegenkandidat auftreten.

Die Demission Deschanels.

WTB. Paris, 17. September. Der Ministerrat beschloß, das Parlament zur Entgegennahme der Mitteilung der Demission Deschanels zum nächsten Dienstag einzuberufen.

Die Kohlenlieferungen in August.

WTB. Paris, 17. September. Nach einer Havasmeldung betragen die deutschen Kohlenlieferungen im August insgesamt 1 975 000 Tonnen. Das Programm, nachdem im September 2 Millionen Tonnen geliefert werden sollen, sei in allen Einzelheiten festgelegt. Seine Durchführung vollziehe sich unter befriedigenden Bedingungen.

Die Explosion vor dem Hause Morgan.

New York. Es steht nunmehr fest, daß das Explosionsunglück vor dem Bankhaus Morgan durch eine Bombe verursacht worden ist, die von zwei Männern, die im Auto vorfuhren, geworfen wurde. Die Bombe war mit einem besonders starken Explosivstoff geladen. Unter den Getöteten befinden sich 17 Angestellte der Bank Morgan. Der Platz ist streng abgesperrt. Man arbeitet an der Börse, die heute wieder eröffnet werden soll.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200918016/fragment/page=0003

Sport der „Saale-Zeitung“.

Die XV. Provinzial-Turnlehrerversammlung.

Am gestrigen Freitag nahm die Provinzialversammlung der Turnlehrer ihren Anfang. Nach einer kurzen Begrüßung durch Herrn Turn-Inspektor Dankwarth, Magdeburg, kam zunächst der turnerische Teil zu seinem Rechte. Besonders imponierend wirkten die Massenfreiübungen unter Oberleitung des Herrn Menz. Auch die volkstümlichen Uebungen, die gleichsam eine Generalprobe für das Sportfest am Sonntag waren, ließen nichts zu wünschen übrig. Es nahmen ca. 500 Schüler daran teil. Die höheren Schulen wirkten durch ihre Einzelleistungen. Es waren nur die Besten der Besten erschienen, die den Herren Turnlehrern von auswärts bewiesen, daß auch der Turnsport in Halle auf dem Wege zum alten Glanze ist.

Abends wurde die Veranstaltung im Neumarktschützenhaus fortgesetzt. Herr Kübling (Schafstädt) sprach über das Thema

Was fordert die neue Zeit vom Turnunterricht in der Kleinstadt und auf dem Lande?

Der Redner hatte eine Reihe Forderungen aufgestellt, für die er eine einleuchtende Ergänzung und nähere Ausführungen gab. Turnunterricht muß zur Gesundung der deutschen Jugend ein Hauptfach werden, wenn möglich täglich eine Stunde, für die städtische wie ländliche Jugend. Der Erlaß vom 18. 3. 85, der sich als überholt erweist, ist aufzuheben. Es sind mehr Turnhallen zu schaffen. Auch in der Ausbildung der Turnlehrer ist sorgfältiger zu verfahren. Aufsichtsbeamte sind zu wählen, die den Turnunterricht zweckmäßig weiterorganisieren. Der Turnunterricht muß eine reine Veranstaltung des Staates, die Turnlehrer also Staatsbeamte sein. Die Kosten soll der Staat unter Hinzuziehung der Gemeinden tragen.

Den Abschluß des Abends bildeten turnerische und gesangliche Vorführungen des Lehrerinnen-Turnvereins. Der zahlreiche Beifall bewies, daß auch diese recht zu gefallen wußten.

Die Versammlungen nehmen heute ihren Fortgang.

Der Flug um die Welt.

Für den Rundflug um die Welt, den der Amerikanische Aero Club im nächsten Jahre veranstalten will, werden jetzt Einzelheiten veröffentlicht: Der insgesamt über 26 800 Kilometer führende große Wettbewerb läßt Asien und Australien unberührt. Der für Flugzeuge und Luftschiffe aller Nationen offene Wettbewerb beginnt in New York und führt über Caracas (4000 Km.), Pernambuco (7800 Km.). Dakar (10 700 Km.), Gibraltar (13 200 Km.) nach London. Von dort geht es in einer Schleife über Schottland, Norwegen, Schweden, Dänemark, Belgien zurück an England vorbei nach Island (21 500 Km.), dann über Grönland nach St. Jean (25 000 Km.) und Halifax zum Ziel nach New York zurück.

Hamburg-Groß-Borstel.

1. Rennen: 1. Abendsonne, 2. Raugraf, 3. Nonalua. Tot.: 11, Platz 10, 12 : 10. Ferner liefen: Manhart, Sankt Pauli.

2. Rennen: 1. Diplomatie, 2. Heiderose, 3. Komponist. Tot.: 27, Platz 13, 14 : 10. Ferner liefen: Ludowika, Atiella, Sonnenblume.

3. Rennen: 1. Werwolf, 2. Corregio, 3. Sappe. Tot.: 48, Platz 27, 68 : 10. Ferner liefen: Exzellenz, Gilgenburg, Salvatore.

4. Rennen: 1. Heuchelei, 2. Occulta, 3. Cottbus. Tot.: 10. 3 liefen.

5. Rennen: 1. Resi, 2. Mondnacht, 3. Tante Aurelia. Tot.: 45, Platz 15, 13 : 10. Ferner liefen: Orator II, Darling.

6. Rennen: 1. Oberfeldherr, 2. Herzliebste, 3. Heidelerche. Tot.: 116, Platz 26, 16, 19 : 10. Ferner liefen: Deficit, Leichtsinn, Calatafimi, Meisterweise.

7. Rennen: 1. Widerstand, 2. Wardar, 3. Quertreiber. Tot.: 25, Platz 11, 10 : 10. Ferner lief: Martonius.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte

(Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern, Dortmund.)

15. Sept.

Der rheinisch-westfälische Wertpapiermarkt stand in der abgelaufenen Woche im Zeichen der neuerlichen starken Entwertung der Reichsmark. Das Publikum wurde durch diese Erscheinung um so mehr erschreckt, als seine Aufmerksamkeit bereits durch den letzten Ausweis der Reichsbank, der ein rapides Anwachsen der Papiergeldflut anzeigte, auf die mißliche Finanzlage des Reiches hingelenkt worden war. Der Wunsch, die mit weiterer Entwertung bedrohte Papiermark in Sachwerte umzuwandeln, nahm wieder größeren Umfang an und rief eine lebhafte Nachfrage nach Wertpapieren hervor, welche sowohl an den großen Börsen als auch am heimischen Markte Börsenbilder schuf, die an die den gleichen Ursachen entspringende Bewegung des Frühjahrs erinnern. Für den Rückgang der Markwährung dürfte neben den oben erwähnten Gründen die ablehnende Haltung Frankreichs in der Frage der Genfer Finanzkonferenz verantwortlich gemacht werden, welche insbesondere den Amerikanern Veranlassung gab, sich ihrer Markbestände zu entledigen.

Was Einzelheiten des Verkehrs anbelangt, so wurde am Kohlenkuxenmarkte unter dem Eindruck der genannten Umstände die Frage der Sozialisierung in den Hintergrund gedrängt, und fast alle Werte vermochten Kursbesserungen zu erzielen. Von schweren Werten wurden Lothringen und Graf Schwerin bevorzugt, von denen erstere etwa 20 000 Mk., letztere etwa 10 000 Mk. gewannen. Ferner konnten Ewald, Constantin der Große, Graf Bismarck, Helene & Amalie, Langenbrahm und Fröhliche Morgensonne ansehnliche Preisbesserungen erreichen. Von mittleren Werten wurden Adler bei Kupferdreh, Johann-Deimelsberg, Heinrich, Glückauffsegen und Carolus Magnus um etwa 1000 Mk. gesteigert. Von kleineren Werten wurden Trappe, Blankenburg und Gottessegen höher bezahlt. Für linksrheinische Werte zeigte sich lebhaftere Kauflust, von der vorwiegend Moers Vorteile ziehen konnten, die bei knappem Angebot etwa 1500 Mk. gewannen. Mehrfaches Interesse zeigte sich für Felderwerte, die dem Markte in Pöstchen entnommen wurden.

Von Braunkohlenwerten gewannen Bruckdorf-Nietleben bei großem Interesse etwa 5000 Mark, die übrigen Werte blieben vernachlässigt.

Am Kalimarkte nahmen die Kurssteigerungen größeren Umfang nur bei schweren Werten an, von denen Glückauf-Sondershausen, Neustaßfurt und Burbach ihren Kursstand um etwa 5—7000 Mark erhöhen konnten. In den Werten der Wilhelm-Sauer-Gruppe wurden die Käufe fortgesetzt, wobei Bergmannssegen etwa 2500 Mk., Hugo und Hohenfels etwa 1500 Mk. gewannen. Lebhafter gekauft wurden ferner Volkersroda, die sich von ihrem letzten Rückgange um etwa 2000 Mark erholten. Zu anziehenden Preisen waren ferner Walbeck, Siegfried I, Carlsfund, Günthershall, Felsenfest, Hüpstedt, Großherzog Wilhelm Ernst, Fürstenhall, Friedrichroda, Habighorst und Mariaglück im Verkehr. Von kleineren Werten wechselten Erichssegen, Ellers, Rohlenberg, Bernsdorf, Burggraf, Richard, Reichskrone, Meimershausen und Hildasglück zu höheren Preisen ihre Besitzer. Das Interesse für elsässische Werte lebte wieder auf. Nachfrage zeigte sich besonders für Max, die etwa 2000 Mk. höher wurden.

Am Kaliaktienmarkte waren Sigmundshall, Krügershall, Heldburg und Ronnenberg stark begehrt, die eine Steigerung von etwa 20—30 Prozent erzielten. In diesem Zusammenhange sind auch Deutsche Kaliwerke Aktien zu erwähnen, die unter Berücksichtigung des Bezugsrechtes um etwa 60 Prozent gesteigert wurden. Zu letzten Preisen waren Justus, Hannoversche Kaliwerke und Hallesche Kaliwerke Aktien im Verkehr. Von nicht notierten Aktien fanden bemerkenswerte Umsätze in Trierer Walzwerke statt, die auf Auktionsgerüchte etwa 100 Proz. erhöht wurden, ferner Klender Brückenbau, Halbach und Deutsche Maschinen-Aktien, die etwa 40 Proz. anziehen konnten. Mansfelder Kuxe waren zu letzten Preisen beachtet.

Oberschlesische Röhrenindustrie.

Aus Fachkreisen wird berichtet: Die oberschlesische Eisenindustrie hat fortgesetzt über den Mangel von Neuaufträgen zu klagen. Arbeit ist noch von früher zum Teil vorhanden, aber der Beschäftigungsgrad läßt immer mehr nach. Ein Zweig, der noch vor mehreren Monaten sehr lebhaft war, hat jetzt auch bedeutend bezüglich der Beschäftigung nachgelassen; das ist die Röhrenindustrie, die derzeit weder aus dem Inlande, noch aus dem Auslande nennenswerte Aufträge hereinbekommt. Der Röhrenindustrie ging es schon vor dem Kriege nicht gut. Zurzeit wird wohl Nachfrage nach Röhren noch immer gehalten, aber die Käufer halten mit ihren Aufträgen weiterhin zurück. Rumänien braucht andauernd Bohrröhren, die es schon früher aus Oberschlesien bezogen hat; aber mit den Bestellungen hapert es fortgesetzt. Ueberhaupt wird das Ausfuhrgeschäft mit Petroleumleitungsröhren anscheinend noch lange unsicher bleiben. Der Begehr nach Röhren für Kessel- und Behälterfabrikate läßt sehr zu wünschen übrig, und der Bedarf in gußeisernen Muffenröhren ist nach wie vor nicht derart, daß man von einem zufriedenstellenden Geschäft sprechen kann. Die oberschlesischen Grubenverwaltungen brauchen unausgesetzt Spritzwasserleitungs- und Sandversatzröhren, die zu den begehrtesten Röhrensorten jetzt gehören. Das Exportgeschäft nach den nördlichen Staaten ist sehr minimal, da Oberschlesien schon seit längerer Zeit unter der fremdländischen Konkurrenz (namentlich Belgiens und Frankreichs) zu leiden hat. Es ist das um so mehr zu bedauern, als das oberschlesische Revier jahrelang in lebhafter Geschäftsverbindung mit den nordischen Ländern gestanden hat. Man hofft, bei günstigeren Zeitverhältnissen das nordische Kundengebiet wieder gewinnen zu können. Jedenfalls ist der Bedarf an Röhren überall groß; es handelt sich nur darum, abzuwarten, bis die Kauflust in genügender Weise einsetzt. Einstweilen werden bei der Röhrenindustrie Einschränkungen des Betriebes vorgenommen werden müssen, so lange die Zurückhaltung der Konsumenten andauert. Die derzeitigen Lieferfristen für Röhren sind erheblich kürzer, wie die vor längerer Zeit, als sie noch 20 Monate und länger betrugen.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 17. September. Das schon gestern zutage getretene Bestreben der Börse, sich von Börsen-Engagements nach den vorangegangenen starken Steigerungen etwas zu entlasten und Gewinne sicher zu stellen, war im heutigen Börsenverlauf teilweise noch deutlicher zu bemerken. Die Grundstimmung blieb dabei noch ziemlich fest und auf einzelnen Marktgebieten dauerten die Kurssteigerungen noch an. Das erneut scharfe Anziehen der ausländischen Devisen wirkte auf Auslandswerte nicht in dem üblichen Maße preissteigernd. Die Kurse waren für diese überwiegend gut behauptet und nur Mexikaner, Griechen und Deutsch-Uebersee wurden stärker in die Höhe gesetzt. Das Geschäft blieb im großen Handelsverkehr lebhaft und ebenso hielt die Kauflust in den zu Einheitskursen gehandelten Industriewerten an, obwohl auch hier die Kursbewegung nicht mehr einheitlich nach oben gerichtet war. Was Einzelheiten des Verkehrs anbelangt, so wurden Montanwerte bei Kurseinbußen bis zu 6 und zu 25 bis 30 Prozent für Bismarckhütte, Bochumer und Thale stärker realisiert. Dagegen erfuhren Elektrizitäts-, chemische und Schiffahrtswerte, erstere unter erneuter Bevorzugung von Siemens u. Halske weitere Kursbesserungen. Von Maschinen- und anderen Nebenwerten erzielten Rheinmetall erneut eine kräftige Besserung, die anderen wurden mäßig gesteigert. Von Petroleumwerten streiften Steaua wieder den Rekordstand von 2000.

Devisenkurse.

Berlin, 17. September

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellten sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam Rotterdam	2028,00	2032,00	1923,05	1926,95
Brüssel-Antwerpen	457,50	458,00	429,55	430,45
Christiania	899,10	900,90	839,15	840,85
Kopenhagen	899,10	900,90	841,65	843,35
Stockholm	1323,65	1326,35	1253,75	1256,25
Helsingfors	190,05	90,45	187,80	188,20
Italien	277,20	277,80	264,70	265,30
London	228,75	229,25	217,50	218,00
New York	64,93	65,07	63,43	63,57
Paris	424,55	425,45	409,55	410,45
Schweiz	1038,90	1041,10	1013,90	1016,10
Spanien	929,05	930,95	911,55	913,45
Wien (altes)	27,22	27,28	27,97	28,03
(Deutsch-Oest. abgest.)	27,22	27,28	27,72	27,78
Prag	83,02½	83,22½	83,10	83,30
Budapest	21,95	21,99	20,98	21,02
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbericht.

Berlin, 17. September. Von Hülsenfrüchten wurden Erbsen, Peluschken, Ackerbohnen und Wicken in großen Mengen gehandelt. Für Seradella überwog die Nachfrage das Angebot, so daß die Preise weiter stiegen. Dringende Kauflust besteht nach den verschiedenen Arten von Mischfutter und der Bedarf ist nicht zu befriedigen. Auch Hülsenfruchtmehl wird viel umgesetzt. Für Kartoffeln ist das Geschäft noch sehr unregelmäßig. Die Bauern, die 30 Mark von den Kommunen bekommen, wollen vielfach nicht darunter verkaufen, andererseits besteht aber auch von Ost- und Westpreußen Angebot zu 27 Mark und von anderwärts zu 28 Mk. Allgemein muß gesagt werden, daß die anhaltende Steigerung der ausländischen Devisen auch auf die Preise der im freien Verkehr gehandelten Artikel weiter befestigend wirkt.

Produktenmarktpreise.

Berlin, 17. September.

Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg. ab Station.

	Heute	Gestern
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	280—330	280—330
„ „ kleine gelbe und grüne Erbsen	200—250	200—250
Futtererbsen	155—170	155—170
Bohnen, weiße inländische	—	—
Peluschken	140—160	140—160
Pferdebohnen	135—155	135—155
Wicken	115—145	105—135
Lupinen, gelbe	60—90	60—90
„ „ blaue	—	—
Seradella	70—95	70—85
Wiesenheu, lose	24—26	24—26
„ „ drahtgepreßt	—	—
Stroh, drahtgepreßt	15—16	15—19
„ gebündelt	12—13,50	12—13,50

Metallnotierungen.

Berlin, 17. September. Preise für 100 Kg. in Mark: Raffinade-Kupfer 99—99,3proz. 2000—2050. Original-Hüttenweichblei 710—730. Original-Hüttenrohzink im freien Verkehr 900—910. Remelted-Plattenzink 620—630. Original-Hütten-Aluminium 98—99proz. (in gekerbten Blöckchen) 3200—3300. Orig.-Hütten-Aluminium (in Walzdraht oder Drahtwaren) 3450 bis 3550. Zinn (Banca, Straits, Billiton) 6300—6400. Hüttenzinn (mindestens 99proz.) 6300. Reinnickel 98—99proz. 4800 bis 4850. Antimon (Regulus) 950—1000. Silber in Barren ca. 900 fein für 1 Kg. 1590—1600.

WTB. Halle, 17. Sept. Elektrolytkupfer (Notierung d. Ver. f. d. dt. Elektro. Notiz): Mark 2623.

Kapitalserhöhungen der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen zu Berlin. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, einer auf den 15. Oktober einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung vorzuschlagen, das derzeitige Grundkapital von 60 Mill. Mark durch Ausgabe von nom. 15 Mill. Mark jungen, ab 1. Jan. 1921 dividendenberechtigten Aktien auf 75 Mill. Mark zu erhöhen. Gleichzeitig wurde die Ausgabe von 20 Mill. Mark zu 103 Proz. rückzahlbaren 4½proz. Teilschuldverschreibungen genehmigt. — Die letzte Kapitalserhöhung bei der Gesellschaft erfolgte vor dem Kriege, und zwar um 10 Millionen Mark im Jahre 1913. Damals wurden die neuen Aktien von einer Gruppe zu 134 Prozent angeboten. An Anleihen hat die Gesellschaft bisher 45 Mill. Mk. begeben, von denen am Ende des Geschäftsjahres 1919 noch 37 582 500 Mark im Umlauf waren. An Dividenden wurden für die letzten sieben Jahre (1913—1919) verteilt: 10, 6, 6, 5, 5, 6 und 8 Prozent.

Kirchner & Co. A.-G. in Leipzig-Sellerhausen. Wie das „Leipziger Tageblatt“ meldet, sollen bei der Gesellschaft Erwägungen schweben das Kapital zu erhöhen.

Preiserhöhung für Kupferblech. Der Kupferblechverband hat mit Wirkung ab 14. September seine Preise für Kupferbleche um 150 Mk. pro 100 Kg. auf 3215 Mk. erhöht.

Dänische Butter für Deutschland und Oesterreich. „Times“ meldet, daß wegen des in Deutschland und Oesterreich herrschenden Mangels an Butter und anderen Fetten ein Teil der für England bestimmten dänischen Butter nach diesen Ländern gesandt werden soll.

Preistreibereien auf dem Schrottmarkt. Dem „C. T.“ wird geschrieben: Auf dem Schrottmarkt wird in letzter Zeit wieder von Händlerkreisen versucht, den Preis künstlich in die Höhe zu treiben. Ein Grund für eine Preissteigerung liegt in keiner Weise vor, da Schrott reichlich vorhanden und die Nachfrage gering ist. Die Werke sind gut eingedeckt, und es ist mit einem erhöhten Bedarf in nächster Zeit schon deshalb nicht zu rechnen, weil die Kohlenzuteilung infolge des Spa-Abkommens bekanntlich geringer geworden ist. Sollten gleichwohl die Bestrebungen gewisser Händlerkreise Erfolg haben und der Schrott wieder auf 900 Mark die Tonne Kernschrott getrieben werden, ist damit zu rechnen, daß die gesetzliche Festsetzung der Höchstpreise für Schrott unverzüglich erfolgt. Die Höhe des von der Verordnung festzusetzenden Preises dürfte 600 Mark nicht übersteigen.

Aktien-Glashütte St. Ingbert. Aus einem Reingewinn von 821 814 (155 569) Mk. sollen für das am 30. Juni abgeschlossene Geschäftsjahr 20 (10) Proz. Dividende zur Verteilung gelangen. Dem Spezial-Reserve-Fonds werden 500 000 (18 684) Mark überwiesen. Die Nachfrage nach den Erzeugnissen des Unternehmens war außerordentlich rege, ließ aber nach Schluß des Geschäftsjahres infolge der im Weingeschäft eingetreten Stockung merklich nach.

Berliner Börse

vom 17. September 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:	
4½% Dtsch. Schatzsch VI—IX	73,25
5% Dtsch. Reichsanl.	79,50
4% „ „	68,75
3½% „ „	59,60
3% „ „	65,30
4% Preuß. Konsols	76,00
3½% „ „	56,90
3% „ „	53,10
4% Charl. Stadtanl. 89/99	92,00
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	95,00
4% Sächs. Neulandsch Pfdbl	100,50
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbl	95,20
4% Preuß. Hyp. Bk. Pfdbl. 1911	97,50
4½% Dess. Gas Oblig	—
4% Dessauer Gas Obl.	—
Ausländ. Werte:	
4% Oesterr. Kronenrente	—
4% Ungar. Goldrente	55,00
4% Ungar. Kronenrente	27,75
Eisenbahn-Aktien:	
Halberst. - Blankenb.	74,75
Halle-Hettstedter	67,00
Schantungbahn	656,00
Allg. Lokal-Str.	95,00
Gr. Berl. Str.	125,00
Magdeburger Str.-B.	145,00
Prinz-Heinrich-B.	—
[illegible]	
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	194,50
Hambg. Südamerika	247,75
Hansa-Dampfschiff.	299,00
Nordd. Lloyd	188,75
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür	159,25
Berl. Handelsges.	221,00
Commerz - Diskontobank	171,50
Darmstädter Bank	153,50
Dessauische Landesbank	129,75
Deutsche Bank	282,00
Diskonto-Comm.	210,00
Dresdner Bank	180,00
Leipzig. Credit-Anst.	155,25
Mitteld. Kreditbank	145,50
Mitteld. Privatbank	165,00
Nationalbank	154,00
Oesterr. Kredit	93,75
Reichsbank	182,00
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	258,00
Akt. f. Anilin	398,00
Allgem. Elektr. Ges.	304,00
Ammendorfer Papierfabrik	670,00
Anhalter Kohlenw.	805,00
Annaberger Steingut	470,00
Badische Anilin	493,00
Bergmann Elekt. Akt.	251,00
Berl. Masch.-Bau	285,50
Bismarckhütte	644,00
Bochumer Gußstahl	672,00
Chem.-Fabr. Buckau	420,00

Chem. Griesheim	345,00
Chem. Heyden	355,00
Consolidation Schalk	685,00
Cröllwitzer Papierfbk	293,00
Daimler Motoren	216,00
Deutsche Luxemburg	329,00
Deutsche Treuhandgesellschaft	1069,00
Deutsche Erdöl	1910,00
Deutsche Gasglühl.	4830,00
Deutsche Kali	417,50
Deutsche Waffen und Mun.	411,00
Donnersmarckhütte	459,50
Döring & Lehrmann	175,75
Dürrkoppwerk	559,00
Engelhardt-Brauerei	241,00
Elberfelder Farben	418,50
Felten & Guillaume	475,00
Gasmotoren Deutz	212,00
Gebhard & Co.	—
Gebhard & König	251,00
Gelsenkirchen Berg.	333,00
Glauziger-Zuckerfbk	477,00
Hallesche Maschfbk.	535,00
Hann. Masch.	400,00
Harpener Berg	379,50
Hasper Eisen	625,00
Hirsch Kupfer	324,00
Höchster Farbwerke	382,00
Hoesch Eisen u. Stahl	507,00
Hohenlohe Werke	223,25
Humboldt Masch.	215,00
Ilse Bergbau	400,50
Kahla Porzellan	470,00
Kaliw. Aschersleben	454,50
Körbisd. Zucker-Akt.	394,00
Kyffhäuserhütte	—
Lahmeyer & Co.	199,00
Lauchhammer	449,00
Laurahütte	360,00
Linke & Hofmann	419,00
Ludwig Loewe & Co.	331,00
Lothringer Hütte	350,00
Mannesmannröhren	497,50
Masch.-Fabr. Buckau	299,25
Oberschl. Eisenb.-Bd.	270,00
do. Caro Hag.	264,75
do. Kokswerke	478,00
Orenstein & Koppel	323,00
Phönix Berg	500,00
Rhein. Metall-Vorz.	441,00
Rhein. Stahlwaren	468,00
Riebeck. Montan	358,00
Rombacher Hütten	369,00
Rositzer Braunk.	875,00
Rositzer Zucker	268,00
Sangerhäuser Masch.	492,00
Hugo Schneider A.-G.	290,00
Schuckert & Co.	218,50
Siemens & Halske	348,00
Stettiner Cham.	—
Stettiner Vulkan	243,50
Stollberger Zinkh.	330,00
Strals. Spielkarten	399,00
Thale-Eisenhütte	670,00
Triptis Porzellan	287,50
Türk. Tabakregie	960,00
Ver. Köln-Rottweiler	320,00
Ver. Glanzstoff	840,00
Wegelin & Hübner	209,00
Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Westeregeln Alkali	848,00
Wittener Gußstahl	—
Wrede Mälzerei	165,00
Zeitzer Masch.	525,00
Zellstoff Walthof	414,00
Otavi-Minen	845,25

Tendenz: fest.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 17. September 1920.

Hallesche Zucker-Raffinerie	290,00
Leipziger Malzfabrik, Schkeuditz	140,00
Landwirtsch. Masch. Zimmermann, Halle	160,50
Mansfelder Gewerkschaft	4490,00
Portland, Zementfabrik Halle	181,00
Prehlitzer Braunkohlen	1450,00
Priorit.	—
„	—

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200918016/fragment/page=0004